

# Skupnost 6

## Pismo bralca / Leserbrief

### Nachlese zum 10. Oktober

Fasst man Aussagen von Diskussionsrunden, Kundgebungen und Feiern zum 10. Oktober 1920 unter dem Motto „Gestern-heute-morgen“, zusammen, gab es viele Meinungen, aber auch Unstimmigkeiten.

Besonders fiel mir auf, dass Botschafter Dr. Valentin Inzko (Obmann des Rates der Kärntner Slowenen) und LH Gerhard Dörfler sich anscheinend gut verstehen und eine pragmatische Lösung der noch anstehenden Anliegen hinsichtlich der Kärntner Slowenen herbeiführen wollen.

Weil man aber LH-Stv. Uwe Scheuch (FPK) vermutlich nicht fragte, ob man das überhaupt darf, „attackiert“ er Inzko öffentlich:

Er fordert Inzko auf, sich für seine Rede am 8. Oktober im Wappensaal zu entschuldigen. Inzkos Hoffnung auf ein „gutes Kärnten“ weist er zurück, dass es keinen diesbezüglichen Klimawandel geben wird.

Hat er Sorge, das „ewige Spielzeug Urangst“ als Wahlkampfmunition zu verlie-

ren, mit der unwissende KärntnerInnen permanent manipuliert und irregeleitet werden? Überdies verlangt Scheuch die Abhaltung einer Minderheitenfeststellung. Will er damit den Artikel 7 Absatz 3 des Österreichischen Staatvertrages von 1955, der keine zahlenmäßige Einschränkung enthält, mit Zahlen des Jahres 2010 erfüllen?

Auf die Forderung bei der Lösung der zweisprachigen Ortstafelfrage einen Schlussstrich zu setzen (Dr. Martinz, ÖVP) und eine Öffnungsklausel hinsichtlich zusätzlich aufzustellender Ortstafeln abzulehnen (LH Dörfler), kann man nur mit den Worten von Dr. Josef Feldner (Obmann des KHD) antworten (laut KTZ vom 12.6.2007):

„Die dümmste Feststellung, die man sich in diesem Zusammenhang vorstellen kann, die leider auch von Teilen der Politik übernommen wird, ist der Satz, einmal muss Schluss sein. Man kann keine Slowenenorganisationen zwingen, auch eine verfassungsrechtlich getroffene Regelung nie mehr in Frage zu stellen oder ein Problem – was immer, Ortstafeln, Amtssprache, Förderungen usw.- nicht aufzugrei-

fen. Der Bevölkerung weiszumachen, jetzt wird nichts mehr gemacht werden dürfen, ist sittenwidrig. Und das Petitionsrecht, ein Recht der Monarchie, kann jeder Bürger in Anspruch nehmen. Gerade fürs Volksgruppenrecht gilt, das ist ein dynamischer Prozess, Stillstand kann´s nicht geben, das würde ja ein allmähliches Sterben einer Volksgruppe bedeuten“.

Wie wohltuend zukunftsweisend war die von der FPK kritisierte SPÖ Veranstaltung in der Arbeiterkammer, an der auch die um die Lösung der „Kärntner Frage“ bemühte Konsensgruppe teilnahm:

Univ. Doz. DR. Hellwig Valentin räumte mit den Mythen der Vergangenheit auf (u. a., dass Wien 1918/20 Kärnten im Stich gelassen hat); LH Stv. Dr. Peter Kaiser sprach sich gegen eine Minderheitenfeststellung aus und verlangte in der Ortstafelfrage eine politische Lösung, mit der auch die Kärntner SlowenenInnen leben können. Damit würde man ihre sichtbare Identität respektieren, die die immer kleiner werdende slowenische Volksgruppe so dringend benötigt.

Udo Manner, Klagenfurt/Celovec